

1948-08-30

„Volksstimme“

Hat Pfarrer Kirsch's Politik einen Sinn? von Horst Sindermann

Herr Pfarrer Kirsch bemühte sich, in einer Versammlung die Zweifel an der Notwendigkeit „christlicher Politik“ zu zerstreuen. Er hatte zur Unterstützung seiner Argumentation die Rednertribüne mit dem verpflichtendem Spruch geziert: „Christlicher Aufbau sichert die Zukunft.“ Um es vorwegzunehmen: Vom Aufbau hat er überhaupt nicht gesprochen und die christliche Politik hat er mit der Politik christlich denkender Menschen verwechselt. Darauf kommen wir noch zurück.

Herr Pfarrer Kirsch kam in seinen Ausführungen von den politischen Problemen der Staatsordnung bis zu den tiefsten Tiefen pöbelhafter Gerüchtemacherei zu sprechen. Nach der romantischen Feststellung, dass Millionen unserer Menschen nichts mehr glauben und hoffen und durch das Elend und den Hunger abgestumpft seien, habe die CDU 1945 die Erkenntnis gewonnen, dass alle bisherigen Staatsformen in einem Irrweg endeten, Im August 1948 hat nun Pfarrer Kirsch die neue Staatsform im Postsaal zu Chemnitz ausgerufen: „Die Staatsgesetze dürfen nicht mit den göttlichen Gesetzen im Widerspruch stehen.“ Was daran so neu sein soll, dass Pfarrer Kirsch drei Jahre Zeit brauchte, um diesen Geistesblitz leuchten zu lassen, ist nicht einzusehen. Auf göttliche Gesetze berief sich bisher jeder Despot, von Karl dem Wahnsinnigen bis zu Adolf Hitler. Mit göttlichen Gesetzen wurden seit Jahrhunderten Sklaven, Bauern und schließlich Proletarier unterdrückt. Es ist wenig geschmackvoll, den Menschen heute so etwas als neueste Erkenntnis anzubieten.

Aber vielleicht sind wir in die Geheimnisse „christlicher Politik“ zu wenig eingeweiht, um die richtigen göttlichen Gesetze von den falschen göttlichen Gesetzen zu unterscheiden. Pfarrer Kirsch als Berufs-Christpolitiker versucht sich demagogisch aus dieser Schlinge herauszuwinden. Er sagte: „Wenn uns unsere Gegner vorhalten, dass das Christentum bereits 19 Jahrhunderte besteht und nicht imstande war, die Welt besser zu gestalten, so müssen wir ihnen recht geben, denn es ist eine Tatsache, dass bis zur Stunde die Christen zwar in die Kirche gingen, aber von den Regierungsbänken ausgerissen!“ Nun ist also der Messias in Pfarrer Kirsch erstanden, der aus der Kirche schnurstracks auf die Regierungsbank eilt. Man müsste Herrn Pfarrer Kirsch ob dieser fundamentalen Erkenntnis preisen und seine Heimatstadt wäre verpflichtet, in ehrender Anerkennung eine Straße in Kirsch- Allee umzutaufen, wenn... . Wenn Herr Pfarrer Kirsch recht hätte.

Wo versteckt er denn nun die ganzen christlichen Politiker, die vor ihm schon auf die Regierungsbank eilten, so da waren Kirchenfürsten, päpstliche Statthalter, Könige und Kaiser bis zu den christlichen Politikern, die mit Arndt dem lieben Gott dankten, dass er der kaiserlich- deutschen Armee Eisen wachsen ließ? Schön wär's, wenn man die Taten christlicher Politiker mit der Anständigkeit christlich denkender Menschen ungeschehen machen könnte. Es wird aber Herrn Pfarrer Kirsch schwer fallen, die christliche Politik des Herrn de Caspari in Italien christliche Weltabgeschiedenheit zu

nennen, wo doch unter seiner Regierung Panzerwagen in die streikenden Arbeitermassen knallen.

Der Herr Pfarrer meint, dass die Gewalt in der Ostzone in den Händen nichtchristlicher oder christenfeindlicher Menschen liegt. Dann wollen wir Gott danken, dass er uns keine de Caspari-Regierung geschenkt hat, die fortschrittliche Arbeiter, Bauern und Studenten wie Vieh in den Straßen zusammenschießen lässt.

Herr Pfarrer Kirsch konnte in seinen Ausführungen nicht sagen, was er mit seiner „christlichen Politik“ bisher erreicht hat, aber er verlangte Anerkennung für das, was christliche Politik bisher verhütet habe. Was hat die „christliche Politik“ des Herrn Pfarrer Kirsch bisher verhütet?

Sie hat verhütet, dass der Kampf gegen Schieber und Schwarzhändler noch energischer geführt wurde, indem sie die Mitglieder der CDU von der Beteiligung an der Volkskontrolle fernhielt. Sie hat verhütet, dass unsere Städte schneller geräumt und aufgebaut wurden, weil sie nichts zur Mobilisierung der Bevölkerung zu freiwilliger Arbeit unternommen hat.

Sie hat verhütet, dass unsere Wirtschaft nicht schneller aufgebaut wurde, weil sie die Erfüllung der Produktionspläne unseren Genossen in den Betrieben allein überließ. Sie hat verhütet, dass die Neubauern nicht schneller zu eigenen Gehöften kamen, weil sie der SED die ganze Last des Befehls 209 allein überließ. Wollen sie Beweise, Herr Pfarrer?

Die Volkskontrolle gegen Schieber und Schwarzhändler wird in den Betrieben und auf den Straßen von den Arbeitern gegen ihren Willen durchgeführt. Der freiwillige Arbeitseinsatz in der Stadt Chemnitz wird unseren Betriebsgruppen allein überlassen. Ob Polizei, Verwaltung, städtische Betriebe, Produktionsbetriebe oder Parteisekretariate –überall sind wir allein die Initiatoren, und wenn Mitglieder der CDU mit uns gemeinsam anpacken, dann tun sie das nicht, weil Sie in ihren Versammlungen dazu auffordern, sondern weil es einfache und ehrliche Menschen sind. Unsere Betriebsgruppe bei Haubold hat sich das Ziel gesetzt, den Halbjahresplan 1948 um 20% zu übertreffen. Das ist ein Beispiel von Hunderten im Kreis Chemnitz. Wo haben Sie eine Betriebsgruppe der CDU entwickelt, die einen solchen Arbeitsenthusiasmus besitzt? Es sind einzelne ihrer Mitglieder, die von unserer Begeisterung gegen Ihren Willen mitgerissen werden, Herr Pfarrer.

Was haben Sie zur Erstellung der Neubauernhöfe getan? Wenn bis zum 1. September d.J. 29 Gehöfte bezugsfertig sind, bei 18 Gehöften die Scheunen und Stallungen benutzt werden können und an den restlichen unermüdlich gearbeitet wird, dann deswegen, weil wir unsere Betriebsgruppen, Ortsgruppen und Stadtteile aufriefen, Maurer, Zimmerleute und Klempner in freiwilliger Arbeit zu stellen, uns um die Zuweisung der Materialien kümmerten, Transportraum mobilisierten, Gelder sammelten und die Verwaltungen anspornten.

Was haben Sie getan, Herr Pfarrer, dass die Ernte unter Dach und Fach kommt? Haben Sie gesorgt, dass in freiwilliger Arbeit Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen wieder hergestellt wurden? Haben Sie sich gesorgt, dass die Betriebe zusätzlich Bindegarn, Hufnägel und Erntegeräte produzierten, dass Treibstoff und Düngemittel herangebracht wurden? Haben Sie geholfen, Engpässe zu überwinden und Schwierigkeiten in der Produktion zu beseitigen? Nein, Herr Pfarrer sie redeten christlich und uns ließen Sie sittlich handeln.

Sie reden aber auch nicht nur von göttlichen Gesetzen. Sie verstehen es auch, uns zu beschimpfen. Der Fall im RAW Chemnitz war Ihnen Anlass zu sagen, dass die Funktionäre unserer Partei nicht korrumpiert worden seien, sondern einfach haltlos waren. Sie glaubten, mit dieser Demagogie die Funktionäre der SED im Allgemeinen zu treffen. Lassen sie sich eines gesagt sein, Herr Pfarrer: Unsere Funktionäre in den Betrieben verleumden niemanden, sondern arbeiten seit Jahren unermüdlich unter den größten Entbehrungen. Unsere Funktionäre offenbaren durch ihren selbstlosen Fleiß tausendmal mehr Moral, als Sie mit ihren demagogischen Verdächtigungen.

Gewiss, wenn einer nichts anderes tut, als christliche Reden zu halten, dann kann er gut Wahlen fordern. Wenn unsere gesamte Partei arbeitet, um das materielle Los unserer Menschen zu bessern und über diese schwierige Zeit hinwegzukommen, haben wir keinen Sinn für Agitation. Aber die Menschen begreifen, was wichtiger ist. Wahlen machen oder Brot schaffen. Mit der von Ihnen betriebenen Politik werden Sie keine Ruine beseitigen, keinen Betrieb aufbauen und kein Feld bestellen, aber die Menschen zu noch größerem Hunger treiben. Das kann nicht die Politik der CDU sein, in der tausende anständige Menschen sind, die wie wir bessere Verhältnisse anstreben. Das ist die alte „christliche Politik“, die mit der politischen Mitarbeit christlich denkender Menschen nichts gemein hat. Wir sind der Meinung, dass die Politik christlich denkender Menschen darin besteht, unser zerstörtes Vaterland in harter Arbeit wieder aufzubauen. Ihre „christliche Politik“ scheint aber nur den Sinn zu haben, die Menschen zu verwirren und von der tatkräftigen Arbeit abzuhalten.

Die alte so genannte „christliche Politik“ als Instrument der kapitalistischen Gesellschaft, die den Zweck hatte, Unfrieden in die Reihen der Werktätigen zu tragen, fällt heute auf unfruchtbaren Boden. H.S.